



# Bundeswehr aus Schulen abziehen!

**Im Wortlaut von Ulla Jelpke, 25. Mai 2018**

*Von Ulla Jelpke, innenpolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE. im Bundestag*

Über eine halbe Million Schülerinnen und Schüler sind voriges Jahr von der Bundeswehr "geschult" worden. Jugendoffiziere und so genannte Karriereberater haben ihre Aktivitäten an der Schulfront ausgeweitet, um der Rekrutierungsnot der Truppe zu begegnen. Das ergab eine Kleine Anfrage (PDF) der Fraktion DIE LINKE. im Bundestag.

Nach eigenen Angaben haben die Jugendoffiziere im Jahr 2017 9,6 Prozent mehr Schülerinnen und Schüler erreicht als im Jahr davor. Ihre wichtigste Waffe ist der Frontalvortrag vor der Schulklasse: 87.000 Schülern wurde dabei erzählt, welch wertvollen Beitrag die Bundeswehr angeblich zur Friedenssicherung leiste. Mit Truppenbesuchen, Seminaren und Diskussionsrunden wurden insgesamt fast 120.000 Jugendliche und junge Erwachsene erreicht (davon knapp 3600 an Universitäten).

**Den SchülerInnen wird die Sicht der NATO verkauft**

Die Bundesregierung verteidigt diese Form des

Wehrkundeunterrichts mit ihrer Pflicht zur umfassenden Information. Ein Blick hinter die Kulissen zeigt aber schnell, dass das Quatsch ist: Jugendoffiziere sollen überhaupt keine neutrale Bildungsarbeit leisten. Das "Handbuch der Jugendoffiziere" verpflichtet sie vielmehr ausdrücklich dazu, sich strikt an die politischen Vorgaben aus dem Ministerium zu halten. Was sie den SchülerInnen verkaufen sollen, ist die Sicht der NATO, und die hat mit Friedenssicherung bekanntlich genauso viel zu tun wie ein Schnapshändler mit der Bekämpfung des Alkoholismus.

Während Jugendoffiziere für die politische Leitlinie zuständig sind, setzen die so genannten Karriereberater alles daran, den Jugendlichen einen Job bei der Bundeswehr schmackhaft zu machen. Sie sprechen gerne von Ausbildungsmöglichkeiten, Verdienst und Karrierechancen. Vom Risiko, schwerbehindert, traumatisiert oder tot aus dem Auslandseinsatz zurückzukommen, sprechen sie weniger gern. Auch dieser Spezies der Militärpropagandisten stehen die Tore der Schulen weit offen. Im Jahr 2017 haben sie 369.000 SchülerInnen erreicht, das ist fast ein Viertel mehr als im Jahr davor. Sie halten Vorträge im Unterricht, laden zu Kasernenbesuchen ein oder positionieren sich auf Jobmessen und an Projekttagen im Schulhof.

Um einen "nachhaltigen" Erfolg ihrer Arbeit sicherzustellen, agitieren Jugendoffiziere und Karriereberater aber auch das Lehrpersonal: 14.500 Lehrer, Referendare oder Vertreter von Schulbehörden ließen sich auf die Unterweisungen der Militärs ein. Hierin sehe ich eine besonders perfide Form der Militarisierung der Schulen, weil sie aus LehrerInnen Agenten der Militärs macht und die Neutralität der Schule aushöhlt.

DIE LINKE unterstützt SchülerInnen, Eltern und LehrerInnen, die sich gegen diese Entwicklung

wehren. Die Bundeswehr muss nicht nur aus Afghanistan abgezogen werden, sondern auch aus unseren Schulen! An diesen soll es Wissens- und Wertevermittlung geben, Militärpropaganda hat dort nichts zu suchen.